



Rettungsschirme und Fiskalpakt ablehnen - ist das Nationalismus?

Rettungsschirme für das Kapital

Die Schulden der Staaten der Eurozone belaufen sich 2012 auf 91 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt), d.h. über 8 Billionen Euro. Das „solide“ Deutschland kommt auf 82 Prozent, auf über 2 Billionen. Einer wachsenden Zahl der Eurostaaten droht der Bankrott, vor allem denen Südeuropas. Sie bekommen kaum mehr frisches Geld von Banken. Diese befürchten nicht zu Unrecht, es nie mehr wieder zu sehen. Als „Geldgeber der letzten Instanz“ springen die Staaten Europas mit Steuermitteln und Garantien für Bankkredite ein, momentan mit einem Volumen von über 1.000 Mrd. Euro. Der ESM (Europäischer „Stabilitäts“-Mechanismus), der letzte Rettungsschirm, ist mit 700 Mrd. Euro der größte.

80 Mrd. Euro davon schießen die Eurostaaten direkt ein. Im Umfang von 620 Mrd. Euro nimmt der ESM staatlich garantierte Bankkredite auf, um seinerseits Staaten und am Ende auch Banken zu versorgen. Die Summe ist nach oben unbegrenzt. Niemand weiß, wie viel Milliarden Euro noch benötigt werden.

Deutschland haftet allein dadurch mit etwa 300 Mrd. Euro, dem Umfang des Bundeshaushalts.

Dank der Rettungsschirme können Banken und andere Gläubiger sich in „sichere“ Anlagen zurückziehen.

Europäische Politik
„Erfüllungsgehilfe der
Großanleger“ (FAZ)

Die Kartenhäuser der
Bankbilanzen können
durch Abschreibungen
z.B. auf Staats- bzw.

Bankkredite und den Rückzug der Geldgeber von Fremdkapital schnell erschüttert werden. Denn die Schulden der Banken der Eurozone belaufen sich auf 368 % des BIP oder rund 32 Billionen Euro. Nur etwa 8 % davon sind durch Eigenkapital gedeckt. Die Bankschulden im „Vorbild“ Deutschland betragen 345 % des BIP (8,8 Billionen Euro). Sie sind durch weniger als 5 % Eigenkapital gedeckt. Das Kreditkartenhaus der Eurobanken ist noch labiler als das der Eurostaaten.

Die europäischen Rettungsschirme werden als Akt der internationalen Solidarität gepriesen. In Wirklichkeit sind sie Akte der Solidarität mit den Eigentümern und Kapitalgebern der Finanzinstitute, vor allem denen der jeweiligen eigenen Nation, um sie vor dem Bankrott und vor Verlusten zu bewahren. Das wird als „nationales Interesse“ verkauft, dem sich alle unterzuordnen hätten. Aber selbst die FAZ bezeichnete „die europäische Politik“ als „Erfüllungsgehilfe der Großanleger“ (FAZ 17.07.2012). Kein Wunder. Die Geberstaaten, auch Deutschland, befinden sich wegen ihrer eigenen Schuldenberge ebenfalls unter Kontrolle ihrer Gläubiger. Des-

halb streben sie alle unterwürfig danach, das „Vertrauen der Finanzmärkte“, d.h. ihrer Geldgeber mit allen Mitteln zu erhalten.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ferner rund 1.000 Mrd. Euro Kredite für 1 Prozent ausgegeben, die überwiegend den vor dem Bankrott stehenden Banken Südeuropas zufließen. Mit diesen Krediten werden auch Exporte aus Deutschland bezahlt (Börsenzeitung 14.07.2012). Auch die EZB trägt dazu bei, dass Großanleger in Banken anleihen bisher „herausgehauen“ werden (FAZ 17.07.2012). Die Exportindustrien nicht zu vergessen.

Im Jahr 2011 lag der Anteil der deutschen Ausfuhren in Euro-Länder bei 40 Prozent des Gesamtexportes, in EU-Länder bei etwa 60 Prozent. Knapp 10 Prozent der deutschen Exporte gingen nach Amerika, etwa 16 Prozent nach Asien. Der Exportanteil der Euroländer geht vor allem auf Grund der Krise in Südeuropa zurück. Exporte nach Südeuropa, die den Umfang der Importe von dort übersteigen, können über Kredite der Bundesbank finanziert werden (sog. Target-Forderungen). Ende Juni 2012 betragen sie 730 Mrd. Euro. „In Portugal und Griechenland wurde in den letzten drei Jahren der gesamte Importüberhang so finanziert.“ (SZ 19.09.2011) Die Target-Kredite der Notenbank sind Rettungsschirme zur (unbegrenzten) Finanzierung von Exporten.

Rettungsschirme - Verelendungsprogramme zugunsten des Kapitals

Die „Rettungsgelder“ im Interesse der Banken werden nicht bedingungslos gegeben. Die europäischen Geldgeber diktieren gemeinschaftlich, was zu tun ist, um wieder würdig zu werden, Kredite privater Banken ohne Staatsgarantie zu bekommen. Kürzung von Löhnen, Renten und Arbeitslosengeldern, schnellere Entlassungen, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Abbau im Bildungs- und Gesundheitswesen, Auslieferung der staatlichen Infrastruktur an private Konzerne usw. sind gefragt. Die Verelendungsprogramme der EU verbilligen vor allem die Ware Arbeitskraft und erhöhen die Profitraten des Kapitals in Europa. Auch das griechische Kapital profitiert von Lohnsenkungen und der Abschaffung von Tarifverträgen. Die Verarmungsorgien verharmlost man als „Reformen des Arbeitsmarktes“. Verelendung wird als Voraussetzung für zukünftigen Wohlstand der Lohnabhängigen verkauft. Das Interesse der LohnarbeiterInnen aller europäischen Länder jedoch ist dem des Kapitals entgegengesetzt. Es besteht darin, seine eigenen sozialen Interessen zu verteidigen, und nicht darin, die Profitmassen und Vermögen der Kapitaleigentümer vor Verlusten zu bewahren.

„Unfähige“ Ausländer schuld an Krise?

Um dem Widerstand der LohnarbeiterInnen Europas gegen ihre Verarmung entgegenzuwirken, wird immer mehr Stimmung gegen andere Nationen gemacht. Einige Nationen hätten lange genug Party gemacht und sich auf Kosten anderer in die Hängematte gelegt. Sie hätten ihre Lage durch eine falsche Politik selbst verschuldet. Der Lebensstandard z.B. der „faulen Griechen“ sei ohnehin zu hoch. Wir sollen uns über „unsolide“ Ausländer aufregen statt gegen die eigenen Kapitalschmarotzer vorzugehen, die für misslungene Geschäfte nicht selbst haften wollen.

Mit „Luxusansprüchen“ von Rentnern, Beschäftigten und Erwerbslosen haben die gegenwärtigen Probleme von Banken und Staaten nämlich überhaupt nichts zu tun. Es war die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008, die riesige Haushaltslöcher in die Staatsfinanzen aller Ländern der Eurozone riss, auch bei den „fleißigen Deutschen“. Die Löcher wurden mit Schulden gestopft, um Staatsbankrotte zu vermeiden. Die Staatsschuldenquote des Euroraums war 2011 um rund 32 Prozent höher als im Vorkrisenjahr 2007, in Deutschland um rund 25 %. In ökonomisch schwächeren Ländern wie Griechenland jedoch um 54, in Portugal um 58 und in Spanien sogar um 89 Prozent. Die EZB förderte mit Zustimmung Deutschlands die Verschuldung, indem sie den Leitzins von 4,25 % im September 2008 auf sagenhafte ein Prozent ab Mai 2009 senkte.

Nationalismus, um das Kapital aus der Schusslinie zu nehmen.

Die Krise hat ihre Ursache in der Funktionsweise des Kapitals. Überall war zu viel Ka-

pital in industrielle Kapazitäten, Immobilien und Finanzpapiere investiert worden, eine notwendige Folge der gegeneinander konkurrierenden Einzelinteressen auf dem Boden der Kapitalverwertung. Die Krise wird bereinigt, indem die Überproduktion und Überinvestition von Kapital vernichtet wird. Diese „marktwirtschaftliche“ Lösung stößt jedoch auf energischen Widerstand von Kapitaleigentümern, die die Vernichtung ihres Kapitals mit Hilfe des Staates minimieren wollen. Banken, die hätten bankrott gehen müssen, wurden mit Steuergeldern künstlich beatmet oder verstaatlicht. Das trieb die Staatsverschuldung besonders in Großbritannien (+ 93 %), Island (+ 350 %) und Irland (+ 436 %) noch mehr als in Griechenland in die Höhe.

Nationalistische Kritik an Rettungsschirmen

Nationalismus ist in Europa angesagt, um das Kapital, den Verursacher der Krise, und seine asozialen Sonderinteressen aus der Schusslinie zu bringen und den Widerstand der Lohnabhängigen zu bremsen und in die falsche Richtung zu lenken. Dabei helfen auch deutsche Kritiker der Rettungsschirme wie Sarrazin und Sinn sowie Industrievertreter wie Henkel. SPD-Mitglied Sarrazin ließ verlauten, die

„Südländer“ müssten durch eine „entsprechende Reformpolitik“ Kosten und Preise um 25 bis 50 Prozent senken, um so „leistungsfähig“ wie die „Nordländer“ zu werden. Das könnten oder wollten sie aber nicht und setzten stattdessen lieber auf die „Vergemeinschaftung“ ihrer selbst verursachten Schulden (FAZ 17.07.2012, 25). Ähnliche Kritik richtet sich auch gegen „die Franzosen“. Sinn und andere fürchten, dass die Ausfälle der „Rettungsgelder“ die Wirtschaftskraft Deutschlands schwächen und seine Bonität an den Finanzmärkten gefährden könnten. Deutschland und die Eurozone insgesamt würden gegenüber den USA und Asien zurückfallen, wenn Mitglieder wie z.B. Griechenland zu lange durchgeschleppt würden. Die deutsche Wirtschaft könne nur konkurrenzfähig bleiben, wenn die Eurozone verkleinert würde. Wenn allerdings die staatlichen Rettungsgelder auch noch versiegen, ist der griechische Staat bankrott. Er wäre gezwungen, die Drachme wieder einzuführen. Die NPD lehnt alle Rettungsschirme ab. Sie tritt dafür ein, dass Deutschland die D-Mark als nationale Währung wiedereinführt. Sie behauptet, Deutschland sei nicht Hauptprofiteur der Währungsunion, sondern Zahlmeister. Auf der Basis der D-Mark strebt die NPD eine „neue Währungsordnung“ nur mit Staaten an, die – wie Deutschland – eine „ausgeprägte Stabilitätskultur“ (na so was!), Wirtschaftskraft und „passende Mentalität“ haben. „So könnte ein Europa freier Völker im Wettbewerb der Großräume mit den Vereinigten Staaten, China und Indien gestärkt werden,“ heißt es.

Ebenso wie die bürgerlichen Befürworter einer Verkleinerung der Eurozone gehen auch die Anhänger der D-Mark vom Grundinteresse des deutschen Kapitals aus, mit Hilfe eines „Großraums“ Europa seine ökonomische Position in Europa und der Welt auf Kosten der Konkurrenten zu stärken. Dieses Ziel, ob mit Euro oder D-Mark, erzeugt Überheblichkeit gegenüber anderen Nationen – eben Nationalismus. Das gilt nicht nur für Deutschland.

Der Hitlerfaschismus strebte das „Ziel einer europäischen Zollunion und eines freien europäischen Marktes ... (sowie) feste innereuropäische Währungsverhältnisse mit dem späteren Ziel einer europäischen Währungsunion“ an (Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“ .9. September 1943, nach Reinhard Opitz Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, 965). Die Hitler-Regierung wusste, was dem Kapital am meisten nützt.

Im Unterschied zu den nationalistischen Kritikern der Rettungsschirme lehnen wir diese nicht ab, weil sie der falsche Weg für die Profitinteressen des Kapitals in Deutschland wären, sondern weil sie sprunghaft steigende Armut für die Völker Europas im Interesse des Kapitals bedeuten. Die Verteidiger der Rettungsschirme versuchen, diese Position ebenfalls als Ausdruck von Nationalismus zu diffamieren.

Währungsunion und Euro = Mittel gegen Nationalismus?

Die Arbeitgeberverbände und ihre Regierung, aber auch die DGB-Spitzen wollen die gegenwärtige Eurozone (zur Zeit noch) unbedingt aufrechterhalten. Das Kapital hat Interesse an seiner möglichst wenig durch nationale Regelungen behinderten freien Entfaltung. Die Produktivkräfte des Kapitalismus haben schon lange die nationalen Grenzen gesprengt. Deshalb das Interesse aller europäischen Länder an einer Zollunion und schließlich auch an einer Währungsunion. Der Eurozone liegt ein gemeinsamer Markt zugrunde, in dem alle Schutzmechanismen für schwächere Konkurrenten entfallen sind (Abwertung der Währung, Zölle, Kapitalverkehrskontrollen). Deutschland, als Land mit der höchsten industriellen Produktivität in Europa, ist der Hauptprofiteur des Euro. Es konnte die Euroländer mit seinen Waren überfluten und bescherte ihnen dadurch gewaltige Handelsbilanzdefizite, d.h. Schulden. Lohndrückerei mit Hilfe von Hartz IV half dabei. Mit Hilfe des Euro strebt das deutsche Kapital die ökonomische Vorherrschaft über die europäischen Konkurrenten an und mit der Stärkung des Wirtschaftsraums EU auch seine Stärkung gegenüber den USA und Asien. Deshalb das hohe Risiko, das Deutschland mit den Rettungsmaßnahmen für den Euro eingeht. Aber auch die mächtigsten Konzerne der Konkurrenten treten für den Euro ein, in der Hoffnung, ebenso davon zu profitieren.

Euro – Mittel zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit vor allem Deutschlands

Dagegen spricht auch nicht, dass Deutschland der größte „Zahlmeister“ Europas ist. Die Nettoszahllungen Deutschlands

nach Griechenland, Spanien usw. schlugen sich auch in hohen Aufträgen für deutsche Konzerne nieder. Die Verbesserung der Infrastruktur förderte den Tourismus und andere Wirtschaftszweige, nicht zuletzt, um die Gelder zu erwirtschaften, mit denen die Importe aus Deutschland bezahlt werden konnten. Jede „Entwicklungshilfe“ ist in erster Linie Hilfe für die Entwicklung der Helfer.

Die mit Hilfe des Euro auf dem Weltmarkt gewachsene ökonomische Stärke Deutschlands erzeugt hierzulande Überheblichkeit. Was aber ist Nationalismus anderes als die fixe Idee, die eigene Nation sei anderen überlegen und verdiene es, sich selbst zum Fixstern für alle anderen zu machen?

Zu dieser fixen nationalistischen Idee zählt auch, dass eine europäische Exekutive mit größerem deutschen Einfluss den kapitalistischen Tiger in Europa besser reiten könne als die bisherigen Kommissare. Die kapitalistische Ökonomie als Grundlage der Eurozone enthält unkontrollierbare Sprengkräfte, die jeden „politischen Willen“ in die Schranken verweisen. Die Kapitalverwertung

schließt Konkurrenz ein, in der nicht nur Unternehmen, sondern auch Regionen und Länder untergehen können, die weniger kostengünstig produzieren als andere. Griechenland und Portugal z.B. als abgelegene, schlecht erschließbare Randgebiete ohne Rohstoffvorkommen haben letztlich keine Chance, gegenüber der industriellen und finanziellen Artillerie vor allem Deutschlands zu bestehen. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gilt als Ziel der Verbilligung der Ware Arbeitskraft in Europa im Zuge der „Reformen“. Je mehr jedoch die Produktivität der ökonomisch stärksten Länder steigt und ihre Produktionskosten sinken, desto mehr wird die Wirtschaft anderer Länder geschwächt, desto größer wird wiederum ihr Kreditbedarf usw. Solange die Verschuldung das Schmiermittel von genügend Wachstum war, schien alles in Ordnung. Doch die Krise folgte auf dem Fuße und löste noch stärkeren Verdrängungswettbewerb aus. Nach Griechenland, Portugal und Spanien kommt Italien, nach Italien vielleicht Frankreich usw. Die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ kann keine Lösung für alle sein.

Beschlüsse supranationaler Regierungsgremien der EU ablehnen - Nationalismus?

Nicht nur der ESM, auch der „Fiskalpakt“ dient den Interessen der Gläubiger der Staaten. Sie sehen die Zahlungsfähigkeit der Staaten nur gewährleistet, wenn die Staatsverschuldung aller EU-Länder in den nächsten 20 Jahren auf 60 % des BIP und die Neuverschuldung auf 0,5 % des BIP zurückgeschraubt wird. In Deutschland müssten die Staatsausgaben jährlich um 25 Mrd. Euro gekürzt werden. Überall, vor allem bei Sozialleistungen, muss gekürzt werden, damit Banken Kredite nicht abschreiben müssen.

All dem liegen supranationale Beschlüsse der Regierungsgremien der EU bzw. der Eurozone zugrunde, die auf lange Zeiträume festgelegte Automatismen und Ermächtigungen für Regierungen enthalten. Der Fiskalpakt z.B. ist unkündbar. Es besteht die Tendenz, supranationale Regierungsbeschlüsse unter dem Bruch des geltenden Rechts und nach geheimen Verhandlungen von oben in alle Länder durchzustellen.

Rettungsschirme – Abbau der Restbestände bürgerlicher Demokratie

Nationale Parlamente und ihr Budgetrecht als Kern der bürgerlichen Demokratie stehen den Regierungsbeschlüssen im Wege, das gegenwärtig noch vorhandene Ausmaß nationaler Souveränität ebenfalls. Die Parlamente ermächtigen im Großen und Ganzen die Regierungen dazu. Sie entmachten sich selbst. Die bürgerliche Demokratie noch mehr zu beschneiden, wird als „europäisch“ bzw. als „mehr Europa“ gefeiert.

Die Interessen der Lohnabhängigen können jedoch noch weniger als bisher zur Geltung kommen, wenn Entscheidungen über Ausgaben und Einnahmen der Haushalte von den jeweiligen Parlamenten der Länder auf europäische Kommissare und Gouverneure verlagert werden, die niemandem außer ihren Regierungen rechenschaftspflichtig sind. Es ist weder reaktionär noch antieuropäisch, die Restbestände der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen.

Alternativen?

Bei Zahlungsunfähigkeit von Schuldnern sind Schuldentreibungen üblich, d.h. die Vernichtung von Kreditkapital. Die Kreditgeber jedoch setzen die Regierungen unter Druck, die notwendige Kapitalvernichtung mit Steuermitteln zu begrenzen oder wenigstens aufzuhalten.

Die kapitalistische Logik erfordert es, mit steigendem Risiko der Zahlungsunfähigkeit die Zinsen zu erhöhen. Regierungen, aber auch die DGB-Führungen und die Linkspartei möchten das außer Kraft setzen, indem die Staatsfinanzierung der EZB oder einer europäischen Staatsbank übertragen wird, die niedrigere Zinsen als der Markt verlangt und deren Haushalt von allen europäischen Staaten garantiert wird. Die kapitalistische Logik erzwingt, dass Verlierer in der Konkurrenz untergehen, dass die Produktivität der einen die Handelsbilanzdefizite der anderen erzeugt. Regierungen dagegen versprechen, mit ESM und Fiskalpakt alle europäischen Staaten wettbewerbsfähig zu machen. Linke träumen sogar davon, dass alle europäischen Staaten ausgeglichene Handelsbilanzen haben könnten. Das Kapital der reichen Staaten müsste sich nur dazu bereit finden, durch Erhöhungen von Löhnen und Sozialleistungen seine eigene Kapitalverwertung und damit seine Konkurrenzfähigkeit zu schwächen.

Wir halten es für sinnlos, sich ein Kapital zu wünschen, das keines mehr ist, ein Kapital, das seinen Zweck nicht mehr ausschließlich in seiner eigenen Verwertung sieht, sondern einen sozialen Auftrag erfüllt. Es gilt, die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten nicht zu vertuschen, sondern aufzudecken. Auf dem Boden der Kapitalverwertung ist vom Standpunkt der Lohnabhängigen aus keine Lösung möglich.

Dennoch: Die Lohnabhängigen aller europäischen Länder müssen sich gegen die aggressiven Angriffe des Kapitals verteidigen. Die Profiteure des Wirtschaftssystems, das uns die gegenwärtige Krise beschert hat, sollen für die Folgen ihrer misslungenen Geschäfte selbst aufkommen. Deshalb:

- Rücknahme der massiven Senkungen der Gewinnsteuern;
- Wiedereinführung hoher Vermögenssteuern;
- Die Gläubigerbanken sollen für die Folgen ihrer Investitionen selber haften.
- Schuldentilgung statt „Rettungsschirme“;
- Gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro (lohnsteuerfrei); Hartz IV-Eckregelsatz von mindestens 500 Euro als Untergrenze gegen Lohndumping und Verarmung;
- Volksabstimmungen über die „Rettungsschirme“.

All das ist nicht Nationalismus, sondern verteidigt die sozialen Interessen vor allem der Lohnabhängigen gegen die Profitinteressen des Kapitals. Dieses Ziel verfolgen die nationalistischen Anhänger der Großmacht Europa unter deutscher Führung nicht, ob sie für oder gegen den Euro, ob sie für die Verkleinerung der Eurozone oder dagegen argumentieren. Lohnabhängige interessieren sich nicht in erster Linie für die Währung, in der ihr Lebensstandard gekürzt wird.

Es ist nicht der Euro, nicht die Mark, es ist der Kapitalverwertungsquark!

V.i.S.d.P.: Klartext e.V., Rainer Roth, Berger Str. 195, 60385 Frankfurt, www.klartext-info.de; Eigendruck im Selbstverlag
Nachdruck und weitere Verbreitung erwünscht! Bestellung über info@klartext-info.de möglich.

**Wir brauchen Gegeninformation statt Gehirnwäsche.
Ja, ich möchte Mitglied werden bei KLARtext e.V.!**

KLARtext e.V.
c/o Rainer Roth
Berger Str. 195

60385 Frankfurt

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ Ort

Telefon, eMail

Ich zahle einen Beitrag von €, und zwar alle 3 6 12 Monate (nicht Zutreffendes streichen) (Regelbeitrag für Nicht-Erwerbstätige monatlich 1 €, für Erwerbstätige 2 €, für Familien/Lebensgemeinschaften 3 €). Wenn freiwilliger Förderbeitrag möglich, dann bitte höheren Beitrag eintragen.

Datum, Unterschrift



**Die Grenzen verlaufen zwischen oben
und unten, nicht zwischen den Völkern.**

KLARtext